



## Minijob-Boom ist Ergebnis falscher Politik

Pressemitteilung von Jutta Krellmann, 26. April 2011

**"Der Boom der Minijobs in Deutschland ist das Ergebnis falscher Politik. Er dokumentiert auf dramatische Weise das arbeitsmarktpolitische Versagen der Regierungen Schröder und Merkel. Was von regierungsoffizieller Seite als Jobwunder gefeiert wird, entpuppt sich mehr und mehr als Katastrophe für die Sozialversicherungen und als Niedriglohnfalle für die Beschäftigten", kommentiert Jutta Krellmann Medienberichte, denen zufolge es mittlerweile mehr als 7,3 Millionen Minijob-Beschäftigte gibt. Die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Arbeit und Mitbestimmungspolitik weiter:**

"Es gibt in Deutschland inzwischen einen armutsnahen und unsicheren Parallelarbeitsmarkt, der in der Masse aus Minijobs besteht und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung immer mehr verdrängt. In einigen Branchen wie dem Gastgewerbe oder der Gebäudereinigung hat sich die Zahl der Minijobs in den letzten zehn Jahren verfünffacht. Dieser Flächenbrand muss gestoppt werden. Für die Unternehmen sind Minijobs ein

Sparpaket auf Kosten der Beschäftigten.  
Arbeitnehmerrechte werden dabei oftmals  
unterlaufen, die Sozialversicherung durch die  
Beitragsfreiheit der geringfügigen  
Beschäftigungsverhältnisse ausgehöhlt.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, ein  
Gesetz vorzulegen, mit dem geringfügig entlohnte  
Beschäftigungsverhältnisse in die  
Sozialversicherungspflicht überführt werden. Wir  
werden alle politischen Maßnahmen unterstützen, die  
darauf zielen, den Niedriglohnsektors  
zurückzudrängen."